



**Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
nach seiner Vereidigung zum Bundespräsidenten
im Deutschen Bundestag
am 22. März 2017
in Berlin**

Lieber Joachim Gauck: Ich glaube, Sie selbst haben das ja in den vergangenen Tagen gespürt, diese Welle von Sympathie, die Sie getragen hat bei Ihren Abschiedsreisen, bei Ihren Auftritten überall. Und Ihre gerade verklungenen Abschiedsworte haben es den Deutschen nochmal eindrucksvoll vor Augen geführt: Sie haben das Amt des Bundespräsidenten tief geprägt und darüber unserem ganzen Land einen republikanischen, einen aufgeklärten Stolz vermittelt. Wenn nicht jeder wüsste, wofür der Bundespräsident kraft unserer Verfassung steht – Sie haben es in Ihrer Amtsführung gezeigt, mit Klugheit, mit Charme! Sie haben die Einheit des Staates verkörpert und befördert, einschließlich all dessen, wofür unser Gemeinwesen steht und weltweit geachtet wird: Freiheit und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Lieber Herr Gauck, bei Ihrer Wahl vor fünf Jahren haben Sie hier in diesen Plenarsaal gerufen: „Was für ein schöner Sonntag!“ Mit Blick auf all das, was Sie gemeinsam mit Daniela Schadt für unser Land getan haben, darf ich heute zu Ihrem Abschied auch sagen: „Was für ein wehmütiger Mittwoch!“ Wir alle wollen Ihnen beiden heute von Herzen danken und diese Dankbarkeit bleibt!

Aber nicht nur die Dankbarkeit bleibt. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verteidigen – auch die Aufgabe bleibt!

Umso mehr in einer Zeit, in der alte Gewissheiten ins Wanken geraten. Viele fragen: Wie fest sind die Fundamente der Demokratie? Hat der Westen als Modell eine Zukunft? Wohin treibt Europa?

Unser Blick geht zu den Wahlen in Frankreich, nach Russland, in die USA, aber in diesen Tagen ganz besonders in die Türkei!

Viel steht auf dem Spiel für die Türkei, aber auch für das Verhältnis der Türkei zu uns.

Wir versuchen, uns unser Urteil nicht allzu einfach zu machen: Wer die Türkei vor 30 Jahren oder mehr bereist hat, kam in ein rückständiges Land. Die Menschen waren arm, Millionen verließen ihre Heimat auf der Suche nach Arbeit in ganz Europa. Heute ist die Türkei ein anderes Land. Sie hat eine Phase von wirtschaftlichem Aufbau und Reformen erlebt und – ich glaube, niemand wird leugnen – zwischendurch auch eine Periode der Annäherung an Europa. All das haben wir Deutsche gewürdigt und unterstützt. Dem Weg, den die Türkei in zwei Jahrzehnten nahm, fühlten wir uns sogar besonders verbunden – auch wegen der vielen Menschen türkischer Abstammung, die in Deutschland leben, arbeiten und hier zuhause sind.

Und weil das alles so ist, schauen wir auf die Türkei von heute nicht mit Hochmut und Besserwisserei. Wir wissen um die Lage der Türkei in Nachbarschaft der großen Krisenregionen Irak und Syrien. Wir verurteilen den versuchten Militärputsch im vergangenen Sommer. Aber: Unser Blick ist von Sorge geprägt, dass all das, was über Jahre und Jahrzehnte aufgebaut worden ist, zerfällt! Diese Sorge ist es, die meinen Appell leitet: Präsident Erdoğan, gefährden Sie nicht das, was Sie mit anderen selbst aufgebaut haben! Glaubwürdige Signale der Entspannung sind willkommen. Aber: Beenden Sie die unsäglichen Nazi-Vergleiche! Zerschneiden Sie nicht das Band zu denen, die – wie wir – Partnerschaft mit der Türkei wollen! Respektieren Sie den Rechtsstaat, Freiheit von Medien und Journalisten! Und: Geben Sie Deniz Yücel frei!

Aber, meine Damen und Herren, machen wir es uns – auch mit Blick auf unseren eigenen Kontinent – nicht zu einfach. Die Anfechtung der freiheitlichen Demokratie findet nicht nur bei anderen statt – weit westlich und östlich der europäischen Grenzen. Die Wahrheit ist doch: Eine neue Faszination des Autoritären ist tief nach Europa eingedrungen. So sehr ich mich freue über unsere niederländischen Nachbarn, dass sie den Angriff auf ihre demokratischen Traditionen in der Wahlkabine zurückgeschlagen haben – ich finde, für übergroße Gelassenheit besteht kein Anlass!

Geht uns das was an in Deutschland? Ich denke: ja. Wir können uns nicht zurücklehnen, uns gegenseitig auf die Schulter klopfen und Noten für andere verteilen. Wir leben nicht auf einer Insel! Die weltweiten Trends wirken auch bei uns. Auch unsere Geschichte des 20. Jahrhunderts hat uns nicht immunisiert. Die Geschichte der Weimarer Demokratie – deren 100. Jubiläum wir im nächsten Jahr begehen – zeigt doch, dass die Demokratie weder selbstverständlich noch mit Ewigkeitsgarantie ausgestattet ist. Dass sie – einmal errungen – auch wieder verloren gehen kann, wenn wir uns nicht um sie kümmern.

„Die liberale Demokratie steht unter Beschuss“, so hat es Joachim Gauck in seiner Abschiedsrede ausgedrückt. Ja, sie steht unter

lautem Beschuss von Radikalismus und Terrorismus. Vom Machthunger der Autokraten, die – rund um die Welt – einer freien Zivilgesellschaft die Luft zum Atmen rauben.

Aber es gibt auch das andere, die schleichende Erosion von innen: durch Gleichgültigkeit, Trägheit und Teilnahmslosigkeit; oder wie Präsident Lammert es in der Bundesversammlung gesagt hat, die Anfechtung durch jene, die Parlamente und demokratische Institutionen nicht mehr als Ort für politische Lösungen sehen wollen, sondern als Zeitverschwendung diskreditieren – und das politische Personal gleich mit.

Populisten erhitzen die öffentliche Debatte durch ein Feuerwerk von Feindbildern, laden ein zum Kampf gegen das sogenannte Establishment und verheißen eine blühende Zukunft nach dessen Niedergang. Es gibt in Deutschland keinen Grund für Alarmismus. Das nicht. Aber ich sage mit Blick auf das, was sich da am Horizont auftut, mit ganz großer Ernsthaftigkeit: Wir müssen über Demokratie nicht nur reden – wir müssen wieder lernen, für sie zu streiten! Darum geht es.

Nun ist Streiten für Demokratie nicht Sache der Politik allein. Aber Politik muss verstehen, dass die Zeiten besondere sind: Zeiten, in denen alte Gewissheiten verschwunden und neue nicht an ihre Stelle getreten sind. Zeiten, in denen internationale Konflikte Sorgen um den Frieden und auch um die Sicherheit im eigenen Lande auslösen. Zeiten, in denen Eltern sich fragen, ob es ihren Kindern noch genau so gut gehen wird wie ihnen selbst. Wir leben in Zeiten des Übergangs. Wie die Zukunft wird, darauf gibt es nicht nur eine Antwort. Da ist Zukunft nicht alternativlos. Im Gegenteil: Die Zukunft ist offen, und sie ist überwältigend ungewiss!

Diese Offenheit, die bei den einen Hoffnung auslöst, jagt anderen Angst ein! „Wer von Angst getrieben ist, vermeidet das Unangenehme, leugnet das Wirkliche und verpasst das Mögliche“, so hat Heinz Bude geschrieben. Ich glaube auch: Der Ängstliche ist anfällig für die Lockrufe jener, die immer mit ganz einfachen Antworten zur Stelle sind. Mir scheint: Das Angebot an einfachen Antworten steigt im Wochenrhythmus. Dabei könnten wir doch wissen: Die einfachen Antworten sind in der Regel keine Antworten. Wer soll denn glauben, dass in einer Welt, die komplizierter geworden ist, die Antworten einfacher werden? Wer soll denn glauben, dass nach dem blutigen 20. Jahrhundert und den Lehren aus zwei Weltkriegen ausgerechnet die alten Muster von Abschottung und nationaler Eiferei die Welt friedlicher machen? Die neue Faszination des Autoritären, auch die in Teilen Europas, ist am Ende nichts anderes als die Flucht in die Vergangenheit aus Angst vor der Zukunft. Das kann – und das darf nicht unser Weg in diesem Land, in Deutschland, sein!

Ich kenne Weltregionen, in denen die Zukunft weit weniger gewiss ist als bei uns. Ich denke an meine letzte Begegnung mit

Shimon Peres vor seinem Tod im vergangenen Jahr. Wir beide waren unterwegs zu einem Besuch der Hebräischen Universität in Jerusalem – für mich bis heute ein ganz und gar unvergesslicher Tag! Dort in der Nachmittagssonne, unter freiem Himmel, auf dem Scopusberg waren wir zu Gast, als die stolzen Absolventinnen und Absolventen der Universität ihre Zeugnisse bekamen.

Nach der Veranstaltung standen wir mit einer kleinen Gruppe von Studenten zusammen und diskutierten, als eine junge Frau fragte: „Verehrter Shimon Peres, was wird uns die Zukunft bringen?“

Statt einer langen Antwort hat Shimon Peres ihr eine Geschichte erzählt.

„Die Zukunft“, sagte Peres, „ist wie ein Kampf zweier Wölfe. Der eine ist das Böse, ist Gewalt, Furcht und Unterdrückung. Der andere ist das Gute, ist Frieden, Hoffnung und Gerechtigkeit.“

Die junge Frau hörte zu, schaute fasziniert und fragte ganz gespannt zurück: „Und – wer gewinnt?“

Peres lächelte und sagte: „Der, den Du fütterst.“

Du hast es in der Hand! Wir haben es in der Hand! Das war seine Botschaft an die jungen Leute.

Und er hat recht: Zukunft ist kein Schicksal, dem Gesellschaften ausgeliefert sind – erst recht nicht die demokratischen!

Wer, wenn nicht wir Deutsche, kann davon ein glückliches Zeugnis geben? Wer, wenn nicht wir, hat erfahren, dass nach zwei Weltkriegen Frieden werden kann; und nach Jahren der Teilung Versöhnung. Wer, wenn nicht wir, hat erfahren, dass nach der Raserei der Ideologien so etwas einkehren kann wie politische Vernunft! Es ist nicht alles gut in unserem Land, aber vieles ist bei uns geglückt – und das miteinander! Und deshalb haben wir allen Grund zuallererst zu sagen: Lasst uns bewahren, was gelungen ist in diesem Land!

Aber bewahren wird nicht genügen. Wir machen doch alle die Erfahrung: Das gerade Erreichte bleibt hinter dem Besseren zurück und immer weit weg von dem Erträumten. Haben wir Probleme gelöst, stellen sich bald die nächsten – oder die alten stellen sich in neuem Gewand.

Das mag den einen oder anderen frustrieren. Aber wir wissen, das Gebäude der Demokratie ist nie ganz vollständig errichtet. Demokratie ist Herrschaft auf Zeit und liefert auch nur Lösungen auf Zeit. Eine kluge Frau, eine ehemalige Kollegin aus Indien, hat mir in einem Gespräch darüber mal den tröstenden Rat gegeben: In der Rechtschreibung der Politik gibt es keinen Punkt – sondern immer nur das Komma.

Die Frage ist: Muss uns das eigentlich frustrieren? Oder ist das nicht gerade die Stärke von Demokratie? Demokratie ist die einzige Staatsform, die Fehler erlaubt, weil die Korrekturfähigkeit mit eingebaut ist. Die Stärke von Demokratien liegt nicht in ihrem Sendungsbewusstsein, sondern in ihrer Fähigkeit zur Selbstkritik und zur Selbstverbesserung!

- Wo denn sonst als in der Demokratie können so unterschiedliche Interessen von Alt und Jung, Stadt und Land, Wirtschaft und Umwelt friedlich zum Ausgleich gebracht werden?

- Wo denn sonst als in der Demokratie begegnen sich Bürger unabhängig von ihrer Herkunft als Gleiche und Gleichberechtigte?

- Und wo sonst als in der Demokratie, wo Minderheiten Stimme und Gehör finden, soll uns die gewaltige Aufgabe der Integration gelingen?

Nur in der Demokratie kriegen wir das hin; das ist ihre Stärke und deshalb brauchen wir sie!

Defizite benennen, um Lösungen ringen – das ist anstrengend. Demokratie ist eine anstrengende Staatsform – und sie ist zugleich ein Wagnis: Wir trauen einander zu, uns selbst zu regieren! Herrschaft aus dem Volk, durch das Volk und für das Volk – so hat es uns ein großer amerikanischer Präsident gelehrt – ein Republikaner übrigens.

Das mag dem einen oder anderen zu idealistisch klingen. Und es ist idealistisch. Aber was dahinter steckt, das ist doch die tiefe Einsicht, dass die Flucht vor den Anstrengungen der Demokratie nicht zu besserer Politik führt. Auch und gerade nicht von denen, die von sich behaupten, im Namen des „eigentlichen Volkes“ oder der schweigenden Mehrheit zu sprechen gegen „die da oben“.

Vergessen wir nicht: Nirgendwo wurde die Idee der Volksherrschaft so verheerend missbraucht wie bei uns – in eins gesetzt mit Partei, Rasse oder Gesinnung.

Demokratie kennt das Volk aber nur in seiner ganzen Vielfalt. Deshalb: Wer heute in Deutschland seinen Sorgen Luft macht und dabei ruft „Wir sind das Volk!“, der darf das gern – aber der muss auch hinnehmen, dass andere Leute mit anderen Ansichten diesen stolzen Satz genauso beanspruchen. So wie ich das vor ein paar Monaten in Dresden gesehen habe, wo eine bunte Truppe junger Leute ein Plakat in die Höhe hielt, auf dem ganz gelassen stand: „Nö – wir sind das Volk“.

Genauso ist es! In der Demokratie tritt das Volk nur im Plural auf, und hat viele Stimmen.

Nie wieder darf eine politische Kraft so tun, als habe sie allein den Willen des Volkes gepachtet und alle anderen seien Lügner, Eindringlinge und Verräter. Und deshalb ist meine Bitte: Wo immer

solche Art von Populismus sich breit macht – bei uns im Land oder bei unseren Freunden und Partnern –, da lassen Sie uns gemeinsam vielstimmig dagegenhalten!

Wir navigieren in unbekanntem Gewässern, ob wir nach Osten oder Westen schauen: Wir steuern zu auf unkartiertes Gelände. Oftmals werden wir Antwort geben müssen, ohne uns an andere anlehnen zu können. Und das verlangt Selbstbewusstsein.

Aber noch viel mehr verlangt es Mut! Mut nach vorn in Richtung Zukunft zu denken – nicht darauf zu hoffen, die Antworten in der Vergangenheit zu finden. Mut, unsere Geschicke selbst in die Hand zu nehmen – ohne den Kaiser oder den „großen Bruder“ oder selbsternannte „starke Männer“. Mut ist das Lebenselixier der Demokratie – so wie die Angst der Antrieb von Diktatur und Autokratie ist. Und deshalb: Die Staatsform der Mutigen – das ist die Demokratie!

Die Demokratie braucht Mut auf beiden Seiten – auf der Seite der Regierten ebenso wie auf der Seite der Regierenden. Denn nur wer selber Mut hat, kann auch andere ermutigen, und nur der kann Mut erwarten. Politik tut sich keinen Gefallen, wenn sie über Sorgen der Menschen, über politische Fehlentwicklungen, über offene Fragen nicht ebenso offen redet. Wir leben in hoch politischen Zeiten. Das verlangt den Mut, zu sagen, was ist – und: was zu tun ist!

- Wie gelingt Integration? Wie, lieber Herr Gauck, bringen wir das überein: unser weites Herz und die endlichen Möglichkeiten?

- Wie erneuern wir das Versprechen vom Aufstieg durch Bildung, das mich persönlich und eine ganze Generation auf den Weg gebracht hat?

- Wie erhalten wir Hoffnung dort, wo im Dorf Schule, Arzt, Friseur, Tankstelle längst geschlossen sind und jetzt auch noch die letzte Busverbindung gekappt wird?

- Wie schaffen wir ethische Standards – auch in der Wirtschaft –, die das Oben und Unten in der Gesellschaft verbunden halten? Damit oben nicht nach Regeln gehandelt wird, die von den Menschen als unanständig empfunden werden. Wo Abfindungen und Bonuszahlungen nur noch „Fassungslosigkeit“ bei den Menschen hervorrufen – hat gerade eben in der ZEIT einer der deutschen Wirtschaftsführer geschrieben –, sollten wir die Debatte darüber nicht „vorschnell als Neiddebatte abtun“.

Und ich finde, recht hat er. Es geht um das gemeinsame Interesse, dass Vertrauen in unsere wirtschaftliche und politische Ordnung nicht durch das Handeln weniger insgesamt Schaden nimmt.

Der Bundespräsident hat dazu keine Vorschläge zu machen. Aber die lebendige Debatte darüber braucht die Gesellschaft! Führen wir sie nicht, dann – sage ich voraus – werden Populisten unterschiedlicher

Couleur sie am Ende gegen die Demokratie wenden! Deshalb sind wir alle miteinander gefragt.

Dafür brauchen wir eine Kultur des demokratischen Streits.

Selten werden wir alle derselben Meinung sein. Umso wichtiger ist, dass wir das gemeinsame Fundament von Demokratie pflegen, aber die Auseinandersetzung über Ideen, Optionen und Alternativen nicht scheuen. Wir brauchen das Dauergespräch unter Demokraten – wo nötig auch kontrovers. Die tägliche Selbstbestätigung unter Gleichgesinnten, die bringt uns nicht weiter. Bevor wir uns daran gewöhnen, nur noch mit denen zu reden, die gleicher Meinung sind, sage ich: Warum nicht mal mit denen sprechen, die Facebook uns nicht als Kontakt vorschlägt? Warum nicht überhaupt mal den Blick vom Smartphone heben und ins wirkliche Leben schauen?

Ich will, dass diese Gesellschaft miteinander im Gespräch bleibt. Der Raum der Demokratie: das ist einer, in dem viele zu Wort kommen müssen, ja – in dem es aber auch ein paar geben muss, die zuhören. Ich will, dass wir uns rauswagen aus den Echokammern, auch aus mancher Selbstgewissheit der intellektuellen Ohrensessel. Und erst recht raus aus der Anonymität des Netzes, wo die Grenze zwischen dem Sagbaren und dem Unsäglichen immer mehr schwindet, wo eine Sprache aggressiver Maßlosigkeit herrscht und täglich neue Erregungswellen erzeugt. Und vor allem will ich eines: dass wir in Deutschland festhalten an dem Unterschied von Fakt und Lüge. Wer das aufgibt, der rührt am Grundgerüst von Demokratie!

Vor einigen Monaten fragte mich ein prominentes Mitglied dieses Hauses – wohlgermerkt ganz wohlwollend: „Herr Steinmeier, nach so vielen Jahren in der Politik – können Sie da eigentlich neutral sein?“

Die ehrliche Antwort ist: Nein, ich bin nicht neutral. Überparteilich ja, wie es das Amt verlangt. Aber ich glaube, neutral darf ich gar nicht sein, wo es um das Grundsätzliche geht. Deshalb sage ich Ihnen: Ich werde parteiisch sein – parteiisch, wenn es um die Sache der Demokratie selbst geht!

Partei ergreifen werde ich auch für Europa! Und ich freue mich über die vielen, vor allen Dingen jungen Menschen, die in diesen Tagen auf die Plätze gehen und uns den Puls von Europa wieder spüren lassen!

Die, die sich da versammeln, erinnern uns daran, wie viel gerade wir Deutsche dem vereinten Europa zu verdanken haben: die Rückkehr unseres Landes in die Weltgemeinschaft; Wiederaufbau, Wachstum; Wohlstand. Und vor allem: 70 Jahre Frieden! Das verdanken wir den Müttern und Vätern Europas, die nach 1945 den Mut hatten, die richtigen Lehren aus Jahrhunderten von Kriegen zu ziehen.

Mut zu Europa – den brauchen wir wohl auch heute. Es stimmt ja: Europa ist weit entfernt davon, perfekt zu sein. Das wissen wir auch

nicht erst seit dem Brexit. Wir dürfen nicht schönreden, was schlecht läuft. Und selbstverständlich ist dringend Zeit für mutige Reformen. Dabei muss vielleicht auch nicht jedes Detail des institutionell verfassten Europas mit Zähnen und Klauen verteidigt werden.

Aber denen, die heute meinen: „Ach, ich habe dieses Europa über – lieber zurück hinter die vertrauten Butzenscheiben der Nation“. Denen sage ich: Das ist zu einfach, und das ist der falsche Weg! Jean-Claude Juncker hat jüngst gesagt: „Wir haben nicht das Recht, gegeneinander patriotisch zu sein.“ Und ich sehe es genauso: Aufgeklärter Patriotismus und Einstehen für Europa, das geht Hand in Hand. Denn – auch wenn wir es nicht so nennen, meine Generation – für viele unserer Kinder ist Europa längst ein zweites Vaterland geworden! Deshalb lassen Sie uns gemeinsam Partei ergreifen – für ein besseres Europa, eines, das für die politische Freiheit steht, das sein Gewicht einsetzt für eine friedlichere und gerechtere Welt, für gute Nachbarschaft. Dafür will auch ich gerne streiten und das mit möglichst vielen von Ihnen!

All die Mutigen, all die, die Partei ergreifen für die Demokratie, werden jedenfalls den Bundespräsidenten dabei an ihrer Seite wissen. Meine Antrittsbesuche in unseren Bundesländern werden eine Deutschlandreise ganz besonderer Art sein: Ich will an die Orte der deutschen Demokratie gehen – und vor allen Dingen hin zu den Menschen, die sie leben und beleben – die, um auf Shimon Peres zurückzukommen, dem guten Wolf das Futter geben!

Ich will zu denen, die nach ihrem wohlverdienten Feierabend in Gemeinderäten um das Schwimmbad oder die Bücherei in der Nachbarschaft ringen; ich will zu den kleinen und mittelständischen Unternehmen, die auf den Märkten der Welt bestehen müssen, aber zugleich Verantwortung für ihre Mitarbeiter, für ihre Stadt, für ihre Region zeigen; zu den Betriebsräten, die geholfen haben, dass Unternehmen auch Krisenjahre überstehen und die darauf achten, dass es fair zugeht im Betrieb; zu denen, die in Kindergärten vorlesen oder im Hospiz Sterbende begleiten. Und wenn ich allein alle diejenigen, die sich bis zur Erschöpfung für Flüchtlinge engagiert haben, mit einem Orden auszeichnen wollte – das würde ich gern, glauben Sie es mir –, dann wäre allerdings jetzt schon klar, womit ich die nächsten fünf Jahre vollauf beschäftigt bin.

Doch das muss ich gar nicht. Denn wenn ich mit Feuerwehrleuten, Rot-Kreuz-Helfern, Jugendtrainern oder Kirchenvertretern spreche: Die warten nicht auf Orden. Sondern die sagen mir: „Worum’s geht, ist nicht, was Du für Dich selber rausholst, sondern das, was Du für andere reingibst!“

Und das sagt nicht nur einer oder zehn oder eine Minderheit, es sind viele Millionen in unserem Land, die sich um mehr kümmern als nur sich selbst; die Verantwortung übernehmen für die Nachbarschaft,

das Dorf, die Region; die helfen, wo Hilfe nötig ist. Nichts ist wertvoller als das, und das macht mich so stolz auf unser Land und seine Menschen. Und weil das einzigartig ist und uns von vielen anderen Ländern unterscheidet, bin ich mir eben so sicher, dass wir den Stürmen der Zeit trotzen und unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft schenken werden!

1949, am Tag, als unsere Verfassung in Kraft trat, sagte Theodor Heuss: „Mit dem Grundgesetz ist ein ganz kleines Stück festen Bodens für das deutsche Schicksal geschaffen.“

Heute ist dieses Grundgesetz ein breites Fundament für das wiedervereinigte Deutschland.

1969 sagte Gustav Heinemann: „Wir stehen erst am Anfang der ersten wirklich freiheitlichen Periode unserer Geschichte. [...] Freiheitliche Demokratie muss endlich das Leberelement unserer Gesellschaft werden.“ Heute ist sie uns ganz und gar selbstverständlich geworden.

1990, im Jahr der Einheit, sagte Richard von Weizsäcker: „Nun gilt es, in der Freiheit zu bestehen. Das ist schwer.“ Heute setzen andere, die anderswo in Unfreiheit leben, ihre Hoffnungen in uns.

Welch ein weiter, Welch ein erstaunlicher Weg! Ist es nicht eigentlich ganz wunderbar, dass unser Land, ein Land mit dieser Geschichte, zu einem Anker der Hoffnung in der Welt geworden ist? Und ist es nicht ein unschätzbare Glück, dass wir – unsere Generationen – das erleben dürfen?

Wer also, wenn nicht wir, ist gefragt, mutig für die Demokratie zu streiten, wenn sie heute weltweit angefochten wird! Das ist der Mut, von dem ich spreche, das ist der Mut, den wir brauchen! Keinen Kleinmut – dafür gibt es keinen Grund. Keinen Hochmut – davon hatten wir in Deutschland genug. Sondern den tatkräftigen, den lebenszugewandten Mut von Demokraten – den brauchen wir!

Herzlichen Dank.